



Kurswechsel

Heft 4/2000

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

Von der großen Krise zum neuen Wachstumsmodell?

Editorial 3

Andreas Novy

Wird alles anders? – Überlegungen zu Krise und Beharrung 6

Franz Rabitsch

Zur politischen Ökonomie der Staatsfunktionen 21

Luiz Augusto Estrella Faria

Raum und Ökonomie im heraufdämmernden 21. Jahrhundert 31

Engelbert Stockhammer

Krise oder finanzdominiertes post-fordistisches Akkumulationsregime? 41

Jean-François Vidal

Das neue Wachstum ohne Mythos: der Fall Frankreich 54

Barbara Fuchs

Die Krise des Japanischen Akkumulationsregimes:
vom Lohn- zum Geldregime 71

Ronald Heinz

Die japanische Bankenkrise 85

Joachim Becker

Verspätung und Avantgardismus. Zur Politischen Ökonomie
des gesellschaftlichen Umbruchs in Österreich 95

Die Autorinnen und Autoren 110

Offenlegung der Blattlinie gemäß Mediengesetz

Die Zeitschrift Kurswechsel ist das Mitteilungsblatt des Vereins »Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen« mit Sitz in Wien. Der Inhalt der Zeitschrift orientiert sich an § 2 des Statuts: »Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Erstellung, Diskussion und Verbreitung von Konzeptionen und Einzelanalysen der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Alternativen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen.«

Eigentümer und Herausgeber

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)
A-1015 Wien, Postfach 162
E-mail: beigewum@inamc.com
Homepage: <http://www.beigewum.at>

Verleger

Sonderzahl Verlagsges.m.b.H., A-1040 Wien, Große Neugasse 35, Fax: (43) 01/586 8070-4

Redaktion

Silvia Angelo, Joachim Becker, Nadja Bergmann, Andrea Grisold, Beat Weber

Hefredaktion

Joachim Becker, Taha Nasr

Umschlag

Thomas Kussin

Satzbelichtung

VISCOM Ges. f. Mediendesign GmbH, Wien

Druck

REMAprint, Wien

Bankverbindungen

Sonderzahl Verlagsgesellschaft m.b.H.
Bank Austria AG 684 055 114

Zulassungsnr.: 1104 50 W 88 U

ISBN 3 85449 176 X

ISDS International Series Data Systems, Paris

Registered as: ISSN 1016 8419. Key Title: Kurswechsel
© 2000 BEIGEWUM. Alle Rechte vorbehalten

Preis

Einzelheft	öS 145,- / Euro 10,50 (zuzüglich Porto)
Normalabonnement	öS 400,- / Euro 29,-
Studentenabonnement	öS 250,- / Euro 18,- (Vorlage einer Inskriptionsbestätigung)
Auslandsabonnement	öS 500,- / Euro 36,-

Bestellungen an: Sonderzahl Verlag / Kurswechsel Große Neugasse 35, A-1040 Wien
Fax: 586 80 704
E-mail: sonderzahl-verlag@chello.at

Editorial

In einer Zeit, in der es in Europa Wachstumsraten gibt, wie sie der Kontinent längere Zeit nicht erlebt hat und es damit zu einem Fallen der Arbeitslosenzahlen kommt, die aber trotzdem in vielen Ländern des Kontinents hoch bleiben, stellt sich die Frage, ob und wie die Krise des Fordismus überwunden wurde? Ist aus der Krise mit ihrer zertörerischen Kraft und der Infragestellung alter institutioneller Formen der gesellschaftlicher Freiraum für das Entstehen eines neuen Akkumulationsregime unter anderen Machtverhältnissen entstanden?

Der Kapitalismus ist seit seinem Bestehen von mehr oder weniger häufig auftretenden Krisen gekennzeichnet, die altes in Frage stellen und neue Möglichkeiten eröffnen. Wann läßt sich aber von Krise sprechen und was genau befindet sich in der Krise? Kann man bei einer einfachen wirtschaftlichen Kontraktion, die schon nach kurzer Zeit von einem Aufschwung abgelöst wird von Krise sprechen oder nur wenn es sich um eine Krise handelt, die so tief geht, daß das ganze institutionelle Gefüge des Akkumulationsregimes in Frage gestellt wird.

Bei einer theoriegeschichtlicher Annäherung an die Frage der Krise läßt sich sagen, daß sich alle verschiedenen ökonomischen Theorien bezüglich der Krise auf zwei grundsätzliche, aber völlig konträre Positionen reduzieren lassen. Die eine negiert die Krise als einen Bestandteil des Kapitalismus quasi und läßt Krisen nur als extern verursacht zu. Für die andere Position hingegen sind Krisen dem Kapitalismus immanent. In der neoklassischen Theorie sind Krisen allein durch die theoretische Konstruktion unmöglich, weil sich das reine Spiel der Marktkräfte ja von selbst bestens regulieren würde, so daß es nur externe Faktoren wie z.B. Gewerkschaften oder der Staat sind, die den Preismechanismus und damit die Selbstregulierung des Marktes stören und zu Krisen führen. Bereits bei den klassischen Ökonomen zeigten sich diese beiden unterschiedlichen Positionen. Während Ricardo in der Krise von 1816 nichts als ein konjunkturelles Ereignis sah, erkannten Ökonomen wie Sismondi und Malthus, daß die Existenz von Krisen an das neue wirtschaftliche System des Kapitalismus gebunden war. Die unterschiedliche Einschätzung verdeutlicht auch die Bewertung des Kapitalismus durch diese drei Ökonomen. Ricardo als ökonomischen Vertreter der neuen Industrien konnte den Kapitalismus natürlich nur positiv bewerten. Malthus ein Parteigänger der Großgrundbesitzer konnte den Kapitalismus nicht so positiv bewerten, bedeutete er ja einen relativen Bedeutungsverlust der Klasse der Grundbesitzer und Sismondi als Reformator, der den Arbeitern näher stand, konnte das neue sozio-ökonomische System naturgemäß auch nicht positiv bewerten. Beiden ist aber gemein, daß sie das Say'sche Gesetz, wonach sich das Angebot über die Produkti-

on seine Nachfrage schuf, das für Ricardo uneingeschränkt galt, implizit in Frage stellten. Beide bezweifelten einen für das Gesamtsystem ausreichenden Konsum und konsequenterweise eine ausreichende Nachfrage, wobei sich Sismondi auf die Klasse der Arbeiter bezog, während für Malthus der Konsum der Kapitalisten niedriger war als jener der Rentiers. Damit zeigt sich aber, daß die Verteilung bei der Diskussion von Krisen eine wichtige Rolle spielt.

Der bei Sismondi und Malthus angesprochene Aspekt der Nichtübereinstimmung des Angebots mit der Nachfrage zieht sich durch das Werk aller Theoretiker seitdem, die Krisen behandelten, von Marx, Hobson, Tugan-Baranowsky bis Keynes und zum heutigen Ansatz der Regulation. Ein anderer wichtiger Faktor, der sich durch die Entwicklung der Krisentheorien zieht ist derjenige des Verhältnisses von realem zu Finanzsektor, weil die Instabilität des letzteren eine häufige Ursache von Krisen war.

Der in den 70er Jahren in Frankreich entstandene Regulationsansatz steht – auch krisentheoretisch – in der Tradition von Marx, Keynes und den Postkeynesianern. Er versucht Akkumulationsregime, Regulationsweisen und deren institutionellen Formen, die den Akkumulationsregimen ein stabiles Wachstum ermöglichen, aber auch Veränderungen, die zu Krisen der letzteren führen können, zu untersuchen und betrachtet die Möglichkeit von Krisen von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite. In seiner Krisenanalyse ist er jedoch nicht auf die Ökonomie verkürzt. Gesellschaftspolitische Faktoren im breiteren Sinne spielen für Entstehung und Überwindung der Krise eine Rolle. Stabilisierte Akkumulation ist nur dann möglich, wenn auch eine passende Form der Regulation gefunden wird. Dies impliziert auch eine passende Form der Staatlichkeit.

Die frühen Krisen bis einschließlich der Krise von 1929 waren trotz gewisser Unterschiede durch wichtige Gemeinsamkeiten bestimmt wie einen brutalen Einbruch der Produktion, einen Fall der Preise, zahlreiche Konkurse, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und einen Rückgang der Gehälter und Löhne, soziale Spannungen. Oftmals wurden diese Krisen durch einen Börsenkrach oder einen Bankenbankrott ausgelöst also von Seite des Finanzsektors.

Die Krise der späten 60er und 70er Jahre, also jene des Fordismus war durch andere Merkmale gekennzeichnet, obwohl wie in früheren Krisen natürlich auch die Profitrate fiel und es demzufolge auch zu sozialen Spannungen kam. Durch die anderen institutionellen Formen jedoch, vor allem durch das andere Lohnverhältnis kam es zu anderen Preismechanismen. Durch die andere Staatsform, die im sozialen Bereich viel aktiver war als der Staat im 19. Jahrhundert kam es auch zu anderen, weniger harten, sozialen Konsequenzen. Hier zeigt sich, daß sich der spezielle Charakter jeder Krise aus dem historischen Kontext des Akkumulationsregimes ergibt. Trotzdem handelte es sich um eine Krise, die tiefer ging als die meisten Krisen des 19. Jahrhunderts, obwohl diese in ihren sozialen Auswirkungen viel schlimmer waren, weil während dieser Krise wie bei der Krise von 1929 das bestehende Akkumulationsregime und die damit verbundene Regulationsweise in Frage gestellt wurde. In der Krise der Zwischenkriegszeit kam es teils zu faschistischen, teils zu eher sozialdemokratisch eingefärbten Versuchen der Krisenüberwindung. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg konnte auf breiter Front eine neuer, Forderungen der Sozialdemokratie aufnehmender Kompromiß gebunden werden. Damit wurden zentrale Bedingungen für die Erhöhung der effektiven

Nachfrage geschaffen. Standen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre noch Forderungen nach materieller Besserstellung, "Humanisierung" und Demokratisierung der Arbeitswelt auf der Tagesordnung, verschob sich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis in der Krise zunehmen zugunsten der Kapitaleseite. Nun wurde das institutionelle Gefüge des Fordismus vor allem von Seite des Kapitals und dabei von beiden Hauptfraktionen, Industrie- und Finanzseite in Frage gestellt. Diese Kampfansage an den Fordismus wurde vor allem auf der Ebene des Geldregimes geführt, das auf Kosten des Lohnverhältnis gestärkt wurde und auch durch die Veränderung des internationalen Regimes erleichtert, wodurch sich staatliche Handlungsmöglichkeiten veränderten und in vielen Bereichen, die für den Fordismus zentral waren verminderten. Wie wirken sich diese Veränderungen durch die Krise auf mögliche neu entstehende Akkumulationsregime aus? Kommt es in den Staaten des Zentrums wieder zu einer sehr ähnlichen Ausprägung von Akkumulationsregimes, wie es der Fordismus war? Wie ändern sich die räumlichen Konfigurationen des Kapitalismus? Dies sind einige Fragen, die in diesem Heft diskutiert werden. Doch vor Voreiligkeit sei gewarnt. Auch in einigen Staaten des Zentrums ist die Krise offensichtlich nicht vorbei.

Der Beitrag von Andreas Novy diskutiert die Dialektik von Struktur- und Handlungsebene und macht an Hand dieser die Veränderungsmöglichkeiten, die sich durch eine Krise ergeben deutlich. Franz Rabitsch diskutiert den Formwandel des Staates in der Tradition des französischen Staatstheoretikers Nicos Poulantzas.

Der Aspekt der internationalen räumlichen Veränderungen wird im Beitrag des brasilianischen Ökonomen Luiz Faria diskutiert.

Der Beitrag von Engelbert Stockhammer diskutiert die makroökonomische Entwicklung seit den 70er Jahren unter den Aspekten der Verteilung und der strukturellen Veränderungen des Finanzsektors. Er sieht ein neues Akkumulationsregime und analysiert dessen Schwächen.

Danach werden an Hand von Beispielen verschiedener Staaten unterschiedliche Entwicklungspfade diskutiert:

Jean- François Vidal zeigt auf, wie es in Frankreich nach einer durch eine sehr restriktive Geldpolitik verschärften Krise zu einem neuen extensiven Akkumulationsregime gekommen ist.

Barbara Fuchs diskutiert die Krise des Toyotismus in Japan. Speziell ein zentrales Moment der japanischen Krise, die Krise des Finanzsystems, arbeitet Ronald Heinz auf.

Abschließend diskutiert Joachim Becker den Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Umbruch und Bildung der neuen Rechtsregierung in Österreich.

Eine großen blinden Fleck des Heftes möchten wir an dieser Stelle eingestehen. Die Krisen in der Dritten Welt und ihr Bezug zu den Umstrukturierungen und Akkumulationsstrategien im Zentrum werden nicht behandelt. Denn hierfür wäre eine gesonderte Nummer erforderlich.